

Internationale Ächtung von Atomwaffen

Humanitäre Initiative (159 Unterstützerstaaten seit 2012):

Atomwaffen dürfen unter keinen Umständen wieder eingesetzt werden

24.12.2016: Beschluss der **UN-Generalversammlung** zur Aufnahme von **Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot** (113-35-13)

Ende März 2017 fand die 1. Verhandlungsrunde statt

bis zum **7. Juli 2017** soll das Vertragswerk ausgehandelt sein

weit über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung spricht sich in Umfragen gegen Atomwaffen aus

Die Bundesregierung nimmt an den Verhandlungen nicht teil [22]

Sie lehnt ein unmittelbares Verbot von Nuklearwaffen ab

04.05.2017

Präsentation 4.3 - kurz

17

Die Initiative stößt allerdings auf starken Widerstand jener Staaten, die Atomwaffen besitzen.

Atomwaffen sind mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar. Sie sind die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht verboten sind.

Im Falle einer Atomwaffendetonation ist weltweit keine Organisation zu einer effektiven Krisenreaktion fähig. Prävention ist daher die einzige Lösung.

24.12.2016: Beschluss der **UN-Generalversammlung** zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot (113-35-13) - > 113 dafür, 35 dagegen 13 Enthaltungen

Vier der fünf Vetomächte im UN-Sicherheitsrat stimmten in dem Ausschuss mit Nein: die USA, Russland, Frankreich und Großbritannien. China enthielt sich ebenso wie die Atommächte Indien und Pakistan. Auf Druck der Vereinigten Staaten stimmten die NATO-Mitglieder, auch Deutschland – nur die Niederlande enthielten sich

Die Kritiker argumentieren, Verhandlungen über die atomare Abrüstung sollten in dem bereits bestehenden Rahmen der Gespräche über den Atomwaffensperrvertrag stattfinden. Zwar teile die Bundesregierung das "Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt", ein sofortiges Verbot halte sie aber nicht für geeignet. In einem Brief an Nichtregierungsorganisationen begründete das Auswärtige Amt die Entscheidung damit, dass ein Vertrag wirkungslos bleibe, sofern die Länder mit Atomwaffen nicht eingebunden seien." Die Regierung setzt für mehr Sicherheit weiter auf die Erhöhung des Rüstungsbudgets und auf die NATO-Abschreckungs-doktrin. Ein von der Bundesregierung unterschriebenes Atomwaffenverbot kann bewirken, dass US-Atomwaffen nicht mehr in D gelagert werden dürfen! Auch der Nichtverbreitungsvertrag würde mit dem Verbot von Atomwaffen geschwächt.

Es ist doppelzünftig, von anderen zu verlangen, auf Atomwaffen zu verzichten, während Deutschlands Sicherheit noch immer auf atomarer Abschreckung basiert.

Wir sollten Druck auf die politischen Parteien im Wahljahr verstärken